

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Vierteljährlich 40 Goldmark. Die Einzelnummer kostet 10 Goldmark. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge Mangel oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die stufpaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldmark, die Restzeile 6 Goldmark. Fernsprecher innerhalb 3 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Br. 146.

Allensteig, Dienstag den 24. Juni.

Jahrgang 1924

Macdonald und der Völkerbund

Die auswärtige Politik Macdonalds ging von Anfang an darauf aus, den Völkerbund, der bisher ja weiter nichts war als ein Vollzugsorgan der europäischen Siegerstaaten, zu einem allgemein anerkannten politisch wirksamen Instrument zu machen, das, von der selbst auf die neutralen Staaten so frohlich wirkenden Einseitigkeit losgelöst, einen wirklichen Völkerrat darstellt. Für ihn war dabei, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, natürlich in erster Linie seine politische Überzeugung als Sozialist ausschlaggebend, die sich vor allem gegen die Geheimdiplomatie wendet und für schiedsgerichtliche Verfahren in Streitigkeiten zwischen den einzelnen Völkern eintritt. Auch spielt die Abtrünnung, die bei den zahlreichen bis an die Zähne bewaffneten Staaten, wenn überhaupt, nur auf dem Wege allgemein verbindlicher Abmachungen friedlich zu erreichen ist, eine gewichtige Rolle. Diese Hinneigung zum Völkerbund ist aber in England keineswegs allein bei der Arbeiterpartei festzustellen. Auch die früheren englischen Regierungen haben den Völkerbund immer wieder umworben und ihn auch den nicht für ihn begeisterten schmachhaft zu machen versucht, aber ihre Beweggründe waren nicht so ehrlich wie die der Arbeiterregierung und sie haben sich schlecht und recht an allen den einseitigen Beschlüssen beteiligt, die wahrhaft nicht im Sinne der Völkerbundakte „zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen“ beitragen. Jede englische Regierung wird den Völkerbund unterstützen, da das an so manchen Stellen verwundbare System der englischen Weltbeherrschung, das dazu notwendig von einer gewissen politischen Vereinfachung begleitet ist, diese Einrichtung immer wieder trefflich ausspielen kann. Wenn man Macdonalds jetzt bald ein halbes Jahr währende Tätigkeit als erster Minister überblickt, so wird man gern zugeben, daß seine Politik zwar auch englisch bis auf die Knochen ist, daß sie sich aber weniger durch das hervorzieht, was der Engländer mit dem Wort *cant* ausdrückt und das man nicht ganz zutreffend meist mit *scheinheilig* überseht.

Macdonald ist mit ruhigem aber unbeirrtem Schritt von vornherein auf sein Ziel losgegangen: die wirkliche Befriedigung Europas; allerdings wohlgerichtet nicht um unserer schönen Augen willen, sondern einzig im Interesse Englands. Er hat seit langem die Ansicht verfolgt, daß der Völkerbund die einzige Möglichkeit sei, Frankreichs Verlangen nach Sicherheit zu befriedigen. Heute betont die englische Regierung diesen Gedanken wieder mit allem Nachdruck, und auch die öffentliche Meinung tritt jetzt entschieden dafür ein. Die neue Politik in Frankreich hat den Gegenpieler Macdonalds ausfallen lassen, der auch ihn schließlich auf jenen Punkt gedrängt hätte, wo er entweder wie seine Vorgänger hätte kapitulieren oder sich zum offenen Widerstand gegen Poincaré entschließen müssen. Es hat sich aus allen Mitteilungen von beteiligter Seite, wie sie in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, mit aller Deutlichkeit ergeben, daß Frankreich alle von England vorgeschlagene Bündniswürfe — ein im Jahre 1919 zwischen Frankreich, England und Amerika vorgesehenes Verteidigungsbündnis lehnte der amerikanische Senat ab — nicht mißtrauisch betrachtete, sondern gleich solche Forderungen verlangte, die die Absicht, jeden derartigen Plan zum Scheitern zu bringen, klar erkennen ließen. Frankreich wünschte eben, freie Hand zu bekommen, um seine eigene Wege gehen zu können, deren breiterer ins Ruhrgebiet führte. Da man aber weder mit der Ruhrpolitik noch mit diesen Bündniswürfen weiter gekommen ist, beginnt man jetzt auch in Frankreich, die Vorschläge von der anderen Seite des Kanals mit anderen Augen anzusehen, und man spricht jetzt nicht mehr von „Ideologen“.

Wir Deutsche haben keinen Grund, uns irgendwie in dieser Frage besonders zu bemühen. Denn die Vorschläge, die bisher von englischer Seite in der Sicherheitsfrage gemacht worden sind — es sei besonders erinnert an den Sicherheitsplan von Lord Robert Cecil und die Auffassungen des lehrigen liberalen Abgeordneten und früheren Kultusministers H. A. L. Fisher im „Daily Telegraph“, die auf Entmilitarisierung des Rheinlandes, Internationalisierung der Polizei, Neutralisierung in der Art wie Belgien vor dem Kriege hinausläuft —, sind durchaus einseitig und bieten zahlreiche Forderungen. Daß es auch für Deutschland eine Sicherheitsfrage gebe, davon denkt niemand. Wenn man jetzt die Frage der Sicherheit, „das Kriegsziel der öffentlichen Meinung Frankreichs“, vor den Völkerbund bringen will, dann muß dieser ein anderes Aussehen bekommen. Kurz bevor Macdonald Ministerpräsident wurde, hat er

ein Buch über die Politik der Arbeiterpartei geschrieben. Dort stellt er auch ein Programm ihrer auswärtigen Politik auf, in dem er besonders auf die „beunruhigende Stellung des Völkerbundes“ hinweist und die Notwendigkeit betont, die früheren Feinde in den Völkerbund zu bringen und diesen in die Lage zu versetzen, seine eigene Verfassung einer Nachprüfung zu unterziehen, so daß er ein wirklicher Völkerrat werde. Ob Macdonald dieses Ziel erreichen wird oder überhaupt kann, bleibt abzuwarten. Alle besonnenen Kreise in Deutschland werden einen solchen Völkerbund nur begrüßen. Die Hoffnungen in der Welt sind jetzt hoch gespannt. Wir Deutsche aber haben gelernt, optimistische Hoffnungen zu haben.

Reichsminister Dr. Marx sagte dem Berliner Vertreter des „Daily Telegraph“, der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund sei noch nicht spruchreif, ehe nicht auch Russland zugelassen und Deutschland die gleichen Rechte wie den anderen Mitgliedern des Völkerbundes gewährt würden.

Die Aufwertung alter Geldschulden.

Berlin, 23. Juni. Der Hypothekengläubiger-Schutzverband für das Deutsche Reich hat dem Reichstag einen Antrag auf Aufwertung alter Geldschulden vorgelegt, der von einem der hervorragendsten Vorkämpfer der Aufwertungs-
bewegung, dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Wolf, erfaßt und nach Anhörung eines größeren Ausschusses,

dem bekannte Vertreter der Rechtswissenschaft und der Wirtschaft angehört, überarbeitet worden ist. Der Entwurf fordert, um das Wesentliche herauszugreifen, daß die Erfüllung von Zahlungsansprüchen nach Treu und Glauben erfolge. Bei der Umwertung solle insbesondere das ursprüngliche Wertverhältnis zwischen dem Anspruch und einem dafür bestellten Pfand, Vermögenslage, des Beteiligten sowie die Tatsache berücksichtigt werden, inwieweit der Schuldner ohne eine solche Umrechnung etwa auf Kosten des Gläubigers bereichert werden würde, durch den Wert von Vermögensgegenständen, die er auf Grund der Leistung des Gläubigers unmittelbar oder mittelbar erworben hat. Der Umwertung soll der Goldmarkbetrag des Anspruchs zugrunde gelegt werden. Als Goldmarkbetrag gilt bei Ansprüchen, die vor dem 1. August 1914 entstanden sind, der Nennbetrag, bei später entstandenen Ansprüchen soll der Goldmarkbetrag durch Umrechnung festgestellt werden. Wenn der Berechtigte die Zahlung angenommen oder die Lösung seines Rechts bewilligt hat, so werden, falls die Zahlungen oder die Lösungsbewilligung vor dem 1. Juli 1921 erfolgt ist, die genannten Bestimmungen auf dann angewandt, wenn sich der Berechtigte sein Recht nicht vorbehalten hat. Bei Grundkreditanstalten, Sparkassen und Lebensversicherungsanstalten soll außer dem Vermögen, aus dem die vorstehenden Vorschriften angewandt werden, auch ein etwa von dem sonstigen Vermögen des Schuldners und seiner Bürgen zu leistendes, nach ihrem Vermögen zu bemessenden Beitrag eine Teilungsmasse gebildet werden aus der die Pfandbrief- und die sonstigen dinglichen oder durch ein Vorzugsrecht gesicherten Schuldverschreibungen die Sparkassenguthaben und die Ansprüche aus Versicherungsverträgen im Verhältnis ihrer noch festzustellenden Goldmarkbeträge gleichmäßig zu befriedigen sind. Für die Anleihen des Reiches und der Länder, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgenommen sind und auf Reichsmark lauten, fordert der Entwurf eine Einlösung bis auf weiteres nicht. Dagegen soll eine Verzinsung dieser Anleihen unter sinngemäßer Anwendung der vorerwähnten Grundsätze erfolgen.

Neues vom Tage.

Berliner Reparationsoptimismus.

Berlin, 23. Juni. In einem beachtenswerten Artikel macht die „Zeit“, das Organ Dr. Stresemanns, Mitteilungen über die wegen der Durchführung des Sachverständigengutachtens schwebenden Verhandlungen. Die „Zeit“ erblickt ein bedeutendes Zeichen darin, daß der neue französische Ministerpräsident dem deutschen Botschafter in Paris als erstem unter den ausländischen Diplomaten seinen Besuch abstattete, und stellt fest, daß Frankreich in der Frage der Freilassung der Gefangenen und Zurückberufung der Ausgewiesenen die Initiative bereits ergriffen habe.

Die Inkraftsetzung des Gutachtens werde man sich vielleicht so denken können, daß Deutschland seine gesetzgeberischen Maßnahmen innerhalb einer bestimmten Frist von etwa 14 Tagen durchführt, nachdem die Gesandtschaften von der Reparationskommission zurückgekommen sind. Dann

würde Frankreich innerhalb einer Frist von etwa der gleichen Dauer alle Maßnahmen durchzuführen haben, die die wirtschaftliche und finanzielle sowie die Verkehrseinheit im besetzten Gebiet wieder herstellen. Danach würde das Gutachten als in Kraft gesetzt gelten.

Die „Zeit“ bemerkt, wir seien in die entscheidende Phase der ganzen Frage eingetreten. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hösch, werde in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um Bericht zu erstatten. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, habe die Reise nach den Vereinigten Staaten angetreten. Auch diese Reise werde mit dem Gutachten in Verbindung stehen.

Die Vorarbeiten seien inzwischen weiter gefördert, die Eisenbahnvorlage in zweiter Lesung erledigt. Schwierigkeiten bereiten noch die Industrieobligationen. Man hoffe aber, auch damit bis zum 30. Juni fertig zu werden.

Zur Frage der Militärkontrolle werde das Kabinett Stellung nehmen und endgültig die auf die Note der Botschafterkonferenz zu erteilende Antwort beschließen.

Eine Klage Thüringens gegen das Reich.

Leipzig, 23. Juni. Vor dem Staatsgerichtshof wurde über eine Klage Thüringens gegen das Reich verhandelt auf Übernahme der kurzen Bahnstrecke Ludwigstadt-Lehesten durch das Reich. Den Vorsitz führte Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Thüringen wurde durch den Ministerialdirektor Dr. Rauch vertreten. Der Staatsgerichtshof gab dem Eoventualantrag Thüringens statt und entschied, daß die früher meiningische, jetzt thüringische Staatsbahn Ludwigstadt-Lehesten am 1. April 1921 gemäß Artikel 171 der Reichsverfassung auf das Reich übergegangen sei.

Belgische Aktion gegen Deutschösterreich.

Krefeld, 23. Juni. Nachdem die belgische Besatzung bisher der Ortsgruppe Krefeld des Deutschösterreichischen Volks gegenüber eine beachtliche Zurückhaltung bewies, haben sie jetzt unerwartet mehrere Hausdurchsuchungen bei Angehörigen der Partei vor. Die Aktion begann bereits morgens um 1 Uhr und dauerte bis spät in die Nacht hinein. Es wurden Briefe an den Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Mitbestellern, Zeitschriften, aber auch Kriegsendanten, wie Jünder, Säbel usw. beschlagnahmt. Weiterhin wurden der ehemalige Geschäftsführer und der zweite Vorsitzende sowie etwa sechs weitere Gefinnungsgenossen verhaftet. Ein Teil der Verhafteten wurde wieder freigelassen. Man darf jedoch annehmen, daß dieses Vorgehen, welches sich angeblich in der Hauptsache gegen die Abhaltung unangemeldeter gesellschaftlicher Abende richtete, ein gerichtliches Nachspiel finden wird.

Immer noch Kriegsgerichte!

Landau, 23. Juni. Neue Schreckensurteile sind vom französischen Kriegsgericht in Landau gefällt worden. Der Student Ludwigs aus Mannheim wollte im März d. J. in einem Paddelboot die Studenten Hertgott und Serffling, die keine Pässe hatten, in das unbesetzte Gebiet aus der Pfalz übersehen. Sie wurden dabei von den Franzosen ertrapt und verhaftet. Das französische Kriegsgericht konzipierte aus diesem Fall Spionage und Geheimhandeln und entsprechende Anklage. Deutsche Verteidiger wurden nicht zugelassen, so daß die Angeklagten sich von französischen Rechtsanwältinnen verteidigen lassen mußten. Es wurden verurteilt Ludwigs zu 1 Jahr Gefängnis und die Studenten Hertgott und Serffling zu je 2 Jahren Gefängnis und je 5000 Mark Geldstrafe.

Vom gleichen Kriegsgericht wurden ein Student namens Schilling und ein gewisser Schneider zu je 3 Jahren Gefängnis und je 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Düsseldorf, 23. Juni. Vor dem französischen Kriegsgericht hatten sich 12 junge Leute wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung zu verantworten. Von den Angeklagten waren 4 erschienen. Sie erklärten, daß sie vor dem Verbot Mitglieder des Deutschnationalen Jugendbundes gewesen seien. Nach dem Verbot hätten sie einen Jugendbund Düsseldorf unter sich gebildet. Sie hätten nicht geglaubt, etwas Verbotenes zu tun, und auch nie etwas gegen die Befragung unternommen. Das Gericht verurteilte die vier Erschienenen zu je 3 Monaten Gefängnis und Geldstrafen von 2000 bis 5000 Goldmark. Die 8 Nichterschienenen wurden in Abwesenheit zu je 1 Jahr Gefängnis und 5000 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Ferner verurteilte das Kriegsgericht den Kassierer Roebbel in Abwesenheit zu 1 Monat Gefängnis und 10 000 Goldmark Geldstrafe (!), den Kaufmann Johann Müller zu 1000 Goldmark Geldstrafe und den Kaufmann Friedrich Rauten zu 1 Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe.

